

Verantwortung für unsere Heimat Projekt „Österreich zuerst“ 2013 plus

Leitantrag

zum 30. Ordentlichen Bundesparteitag
der Freiheitlichen Partei Österreichs
am 18. Juni 2011 in Graz

**UNSER HERZ
SCHLÄGT
ROT WEISS ROT**

Verantwortung für unsere Heimat Projekt „Österreich zuerst“ 2013 plus

Leitantrag beschlossen von der Bundesparteileitung der
Freiheitlichen Partei Österreichs
am 18. Juni 2011 in Graz

Begründung:

In ihrer Selbsteinschätzung gibt die Politik generell gerne vor, das wesentliche Instrument für die Bewältigung von Krisen zu sein. Kaum eine politische Maßnahme, kaum eine Weichenstellung, kaum eine Entscheidung im gegenwärtigen Geschehen auf allen Ebenen der Politik wird von den Verantwortlichen nicht als Antwort auf Erfordernisse, welche sich einer Krise verdanken, interpretiert.

Am unmittelbarsten deutlich ist das im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, die seit Jahren auch in Österreich die Politik dominiert, Handlungen hervorruft bzw. umgekehrt Spielräume einengt. Aber auch viele andere Krisen drücken der Gegenwart ihren Stempel auf und haben teils unmittelbaren, teils mittelbaren Einfluss auf die Lebenswelt jedes Einzelnen:

- Die krisenhaften Entwicklungen im Finanz- und Wirtschaftsbereich bis hin zur Staatsschuldenkrise, die sich zu einem echten Pulverfass entwickelt und die enormen sozialen Sprengstoff mit sich bringt, wie sich an der Verteilung von Reallöhnen oder der Arm-Reich-Schere zeigt.

- Die Krise der Staatlichkeit, die im Kompetenzverlust gegenüber supranationalen Organisationen oder auch in der Abhängigkeit gegenüber Banken, die durch die Gläubigerrolle des Staates entsteht, zum Ausdruck kommt.
- Die Energiekrise, die sich an den Brennpunkten Atom und Erdöl sowie an den fehlenden Investitionen im Bereich erneuerbarer Energie festmachen lässt.
- Die Flüchtlings-, Wanderungs- und Zuwanderungskrise, die neben ökonomischen Problemstellungen kulturelle und ideelle Konfliktpotenziale mit sich bringt.

Im Zuge der Konzentration auf die Krisenerscheinungen und die Frage nach den Mitteln zu deren Verdrängung oder auch Bewältigung wird gerne übersehen, dass alle diese Krisen in einem direkten Zusammenhang mit einer Krise der Politik oder des Politischen insgesamt stehen.

Denn die Politik hat es verlernt oder verzichtet darauf, die Zwecke ihres Handelns zu hinterfragen und beschäftigt sich nur mit den Mitteln zur Umsetzung des Unhinterfragten und der Bewältigung seiner Folgen. Sie ist zur Technik verkommen. Werte sind maximal zweit- oder dritrangig.

- Es gibt keine große Debatte des politischen Establishments darüber, inwieweit Profit und Gewinn weniger auf Kosten der großen Masse vertretbar sind und wo hier ein gerechtes Maß liegen könnte.
- Es gibt keine große Debatte des politischen Establishments darüber, ob ein Primat der Wirtschaft gegenüber der Politik richtig, sinnvoll und gewollt ist.
- Es gibt keine große Debatte des politischen Establishments darüber, inwieweit eine Berechtigung besteht, weitreichende Entscheidungen mit Folgen über Generationen hinweg von den Bürgern fernzuhalten.
- Es gibt keine große Debatte des politischen Establishments darüber, ob die Grenzen des Machbaren wirklich gleichzusetzen sind mit den Grenzen der Leistungsfähigkeit der modernen Technik.

- Es gibt keine große Debatte des politischen Establishments darüber, inwieweit Zuwanderung von den Bevölkerungen der Gastländer überhaupt gewollt wird.

All das gilt so gut wie für alle Ebenen des politischen Handelns, von internationalen Organisationen bis hinein in die einzelnen politischen Felder der Staaten und ihrer Gebietskörperschaften.

Der Selbstanspruch der Politik, Problemlöser und Krisenbewältiger zu sein, wird daher von den Menschen, den Bevölkerungen, die durch die Politik in ihren Interessen vertreten und ihren Bedürfnissen geschützt werden sollen, zunehmend mehr in Frage gestellt.

Ja mehr noch, der vermeintliche Problemlöser wird vielfach als Problemverursacher erkannt, kritisiert und abgelehnt. Dies wird beispielsweise angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise offenkundig:

Das politische System folgt mit seinen Erwartungshaltungen, Vorgaben, Maßnahmen, Rahmenbedingungen und Regelwerken einem von ihm selbst vorgegebenen ideologischen Konzept, das weitestgehend naiv auf die Selbstregulierungskräfte des freien Marktes vertraut.

Dasselbe politische System versagt in seinen Kontrollmechanismen und hält sich nicht an selbst gemachte Regeln und definierte Grenzen.

Dasselbe politische System trifft infolge von negativen Auswirkungen weitere einsame Entscheidungen über die Köpfe derer hinweg, die die Folgen der Entscheidungen persönlich zu tragen haben.

Dasselbe politische System überträgt den entstandenen Schaden auf die Masse, auf die Allgemeinheit, und überlässt den Gewinn in den Händen weniger.

Dasselbe politische System tut also substantiell das Gegenteil von dem, was die Bevölkerungen von ihm erwarten.

Die Folgen liegen auf der Hand: Die Probleme werden zunehmend noch größer statt kleiner.

Die Kluft zwischen Politik und Bürgern nimmt immer mehr zu, anstatt sich zu verringern.

Die Bevölkerungen verlieren das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik mit allen negativen und ungewollten Konsequenzen daraus bis hin zur Verweigerung und Ablehnung der Demokratie.

Österreich ist keine Insel der Seligen

Österreich ist von all diesen Phänomenen längst betroffen. Die großen Krisenentwicklungen machen vor unserer Grenze nicht Halt. Schließlich sind die „staatstragenden“ Repräsentanten von SPÖ und ÖVP auf internationaler Ebene Teil eines EU-Systems, das sie mit produziert.

Verschärft wird dies durch eine lange Liste in Österreich selbst verursachter Problemstellungen.

Die Bevölkerung spürt daher zunehmend ein größeres Unbehagen gegenüber dem politischen Proporz-System und seinen Repräsentanten auf Regierungsebene und in den Proporzparteien.

Die von der Proporz-Koalition gewählte Strategie des Präsentierens von abstrakten Zahlen, Auftragsprognosen und internationalen Vergleichen geht an der unmittelbaren Betroffenheit, am subjektiven negativen Empfinden von immer mehr Menschen, an ihren frustrierenden Erfahrungen im täglichen Leben und Wirtschaften völlig vorbei.

Was nützt der formale Nachweis von Wachstum, wenn dieses Wachstum bei der Masse der Bürger nicht ankommt und der Einzelne nichts davon spürt? Was nützen formelle Gehalts- oder Pensionserhöhungen, wenn sie durch steigende Preise längst aufgeessen werden?

Was nützen niedrige offizielle Inflationsraten, wenn der Warenkorb, der ihrer Berechnung zugrunde liegt, dem täglichen Lebensbedarf nicht entspricht? Was nützen Zahlen, die rückläufige Arbeitslosigkeit statistisch nachweisen, wenn zugleich das Einkommen aus der Beschäftigung zum Auskommen nicht reicht?

Was nützt das Bekenntnis zur sozialen Sicherheit, wenn zugleich die Töpfe leer sind und eine ehrliche Analyse der Kosten genauso verweigert wird wie eine Reform der Strukturen samt Abbau aller Privilegien?

Was nützt der Verweis auf vorhandene erfolgreiche Integrationsbeispiele, wenn die Masse der Zuwanderer lieber in ihrer eigenen Welt mit eigenen Werten lebt und die zweite und dritte Generation diesen Anspruch offensiv vertritt?

Was nützt die Behauptung, dass die Kriminalität rückläufig ist, wenn sich beinahe jeder subjektiv bedroht fühlt?

Was nützt der angebliche Abbau von Staatsschulden, wenn mit der anderen Hand milliardenschwere Haftungen für Pleitestaaten übernommen und damit Schulden in die Zukunft übertragen werden?

Was nützt ein Sparkurs, wenn er nur zu Lasten der Bevölkerung geht, aber nichts in der Struktur von Bürokratie und Verwaltung verändert, weil diese Bereiche Spielwiesen des Parteiproporz sind?

Was nützt das Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität, wenn die Bevölkerung zugleich erlebt, wie die Weichen für den Beitritt zu Militärbündnissen gestellt werden?

Was nützt das Festschreiben von Werten und Grundsätzen in der Verfassung, wenn die Bürger erleben, dass diese Verfassung von der Regierung nach Bedarf missbraucht und gebrochen werden kann?

Was nützt die gesetzliche Festschreibung eines unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks, wenn die Zwangsgebührenzahler zugleich erleben, dass einzig und allein die Parteizugehörigkeit über Posten und Inhalte entscheidet?

Das sind nur einige Beispiele für aktuelle Problemlagen in Österreich. Die Proporzpolitik von SPÖ und ÖVP, die von sich behaupten, die Probleme Österreichs zu lösen, ist in den wesentlichen Teilen auch hier in Wahrheit ihr Verursacher.

Ihr Handeln wie ihr Unterlassen seit vielen Jahrzehnten verursacht und beschleunigt Entwicklungen, die den sozialen Frieden, die Sicherheit in all ihren

Dimensionen, die Handlungsfähigkeit und Freiheit, das Wertebewusstsein und damit insgesamt die Zukunftsfähigkeit unserer Heimat gefährden:

- Nicht umsonst steigt die Zahl der Politikerverdrossenen täglich.
- Nicht umsonst steigt die Zahl der armen Menschen täglich.
- Nicht umsonst sinken die realen Löhne seit Jahren.
- Nicht umsonst ist die Entscheidung für mehrere Kinder zugleich eine Entscheidung für ein Leben in Armut.
- Nicht umsonst zerbricht der Mittelstand.
- Nicht umsonst befindet sich immer mehr Reichtum in den Händen von immer weniger Menschen.
- Nicht umsonst agieren die kleinen und mittleren Unternehmen unter wachstumshemmenden Rahmenbedingungen, die zum Beispiel Neugründungen und Expansionen unnötig erschweren.
- Nicht umsonst kollabieren die sozialen Sicherungssysteme.
- Nicht umsonst werden unsere Schüler in Bildungsvergleichen nach hinten durchgereicht.
- Nicht umsonst bricht das eigene Ausbildungssystem für Facharbeiter zusammen.
- Nicht umsonst sind wir ein Paradies für Scheinasylanten.

Wenn es um politisches Handeln geht, beruht das SPÖ-ÖVP-Proporz-System auf vier Säulen:

- Die erste Säule ist jene des mutlosen Verwaltens, des Hinausschiebens auf die lange Bank, des sich Abfindens mit immer mehr Abhängigkeiten, der Selbstaufgabe in Kernbereichen, des faulen Kompromisses. Daran können auch unzählige Regierungs-Neustarts und Regierungs-Versprechen von Vorstößen auf EU-Ebene, die faktisch niemals stattfinden werden, nichts ändern.
- Die zweite Säule ist die rücksichtslose Verteidigung des rot-schwarzen Proporz-Systems auf allen politischen Ebenen, die der Sicherung von Geld, Macht, Posten und Einfluss dient, aber keinem Bürger nützt, sondern im Gegenteil hauptverantwortlich ist für seine massive Steuer- und Abgabenbelastung.
- Die dritte Säule ist das systematische Verschieben unserer Souveränität und unseres Wohlstandes hin zu anderen juristischen und natürlichen Personen. Ohne Limit kommen Fremde ins Land, die keinen Nutzen für unseren Arbeitsmarkt haben, aber die Sozialtöpfe anzapfen. Ohne Limit werden Geldleistungen an andere Staaten bzw. die EU erbracht. Ohne Limit werden Kompetenzen an die EU übertragen.
- Die vierte Säule ist die systematische Vernachlässigung der Freiheitlichen Partei Österreichs, weil sie als einzige Partei die politische Antithese zu SPÖ und ÖVP darstellt und ihre Stärkung gleichbedeutend mit der Überwindung eines Systems, das sich überlebt hat, ist.

Die politische Verantwortung und Aufgabe der FPÖ für Österreich:

Die österreichische Bevölkerung hat ein gigantisches Potenzial an Talenten, Fähigkeiten und Begabungen.

Sie zeichnet sich durch Leistungsbereitschaft, Fleiß und großes Engagement aus.

Sie ist voller Selbstvertrauen und hat einen feinen Sinn für Werte wie Gerechtigkeit und Respekt und ein ausgeprägtes Gespür dafür, was richtig und falsch für unser Land ist.

Die österreichische Bevölkerung will die Zukunft positiv gestalten, Altlasten abbauen und mit Zuversicht und Hoffnung auf Erfolg in die kommenden Jahre und Jahrzehnte gehen.

Wenn wir daher von Zukunftsgestaltung sprechen, dann bedeutet das, die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, um ein Höchstmaß dieser Kräfte im Einzelnen und als Allgemeinheit frei machen zu können und Blockaden und Hemmnisse abzubauen, Werte offensiv als Gewinn und Maßstab für politisches Handeln anzuerkennen, statt sie als Belastung und Einschränkung zu sehen sowie die Kluft zwischen Bürgern und Politik kleiner zu machen und eine neue Basis des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen.

Die FPÖ als soziale Heimatpartei hat in der österreichischen Parteienlandschaft eine rot-weiß-rote Sonderstellung im besten Sinn des Wortes. Sie ist optimistisch und glaubt an die Gestaltungskraft Österreichs nach innen sowie an die Zusammenarbeit mit politischen Kräften, die wie sie bereit sind, im Interesse der Bevölkerung Gescheitertes abzulegen und neue Wege zu gehen.

Sie ist Überwinder eines rot-schwarzen Proporz-Systems, dessen Selbsterhaltung Kräfte blockiert und Ressourcen frisst. Sie versteht sich nicht als Teil des Establishments.

Sie ist österreich-patriotisch und stellt den Schutz und die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung in das Zentrum ihres politischen Handelns und Gestaltens. Sie ist EU-kritisch und akzeptiert keine Denk- und Gestaltungsverbote, die die bisherigen Regelungen und Mechanismen der EU als unumstößlich festschreiben und nur ein „Weiter wie bisher“ zulassen wollen.

Sie ist bürgernah und stärkt die Mitsprache und Einflussnahme der betroffenen Bevölkerung in Entscheidungen. Sie versteht sich nicht als institutionalisierter Besserwisser, der das Volk von oben herab zu belehren hätte. Sie ist sozial- und leistungsgerecht und setzt auf eine gesunde Mischung aus Fördern und Fordern.

Sie bekennt sich zur Förderung von unternehmerischem Handeln, ohne Bevorzugung der Großen und ohne blind-naives Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte eines hemmungslos freien Marktes. Sie ist dem Neuen gegenüber aufgeschlossen und bereit, neue Wege zu gehen ohne deshalb Bewährtes aus prinzipiellen Gründen abzulehnen und Schützenswertes aufzugeben.

Sie ist kritisch und kontrollierend gegenüber den Mächtigen, ohne sich selbst und ihre Repräsentanten von dieser Kritik und Kontrolle auszunehmen. Sie ist verantwortungsbewusst und regierungsbereit auf allen Ebenen, ohne diese Bereitschaft mit einem Dabeisein um jeden Preis zu verwechseln.

Auf Basis dieses Selbstbekenntnisses werden wir in die kommenden Wahlgänge gehen. Sie sind das Fundament unseres konkreten politischen Gestaltungswillens.

Antrag:

Der Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs fordert alle Mandatare und Verantwortungsträger der FPÖ in Österreich und auf europäischer Ebene dazu auf, sich wie schon in ihrer bisherigen Arbeit weiterhin und unbeirrt für das Vorantreiben und die Umsetzung folgender Prinzipien und Maßnahmen einzusetzen, um Österreich auf allen Ebenen zukunftsfähig zu machen:

Neues Selbstbewusstsein oder „Österreich zuerst“

Der Stolz auf unsere eigene Heimat, unsere Sprache, Geschichte und Tradition und das Bekenntnis zu unseren Werten bilden unsere Leitkultur. Sie ist die Basis unseres Umganges mit Fremden und ihre Anerkennung ist respektvolle Voraussetzung für jede erfolgreiche Integration.

- Notbremse bei der Zuwanderung von Personen aus Drittstaaten in den Sozialstaat
- Einsatz für die Wiedererlangung der nationalen Entscheidungshoheit über die Binnenmigration in der Europäischen Union; keine bedingungslose Niederlassungsfreiheit für EU-Bürger; keine weitere Ausweitung der Kompetenzen und Politikfelder der EU
- Verschärfung der Integrationsvereinbarung durch Beendigung der Aufenthaltsberechtigung bei Nichterfüllung
- Zeitliche Straffung des Asylverfahrens in erster Instanz auf maximal drei Monate bei verpflichtendem Aufenthalt in einer Betreuungsstelle
- Festschreiben eines strikten Neuerungsverbot
- Keine Verfahrenseröffnung bei Asylanträgen von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten - Verfahrenseinstellung beim Versuch des Erschleichens der Asyleigenschaft durch den Asylwerber, bei Täuschungen der Behörden über die Identität des Antragstellers durch den Asylwerber und bei selbstverschuldeter Nichtvorlage von Reise- oder Ausweisdokumenten

- Abschiebung von Fremden mit einer rechtskräftigen Verurteilung bzw. sofortige Beendigung des Asylverfahrens
- Kein Rechtsanspruch auf die Verleihung der Staatsbürgerschaft aufgrund der Aufenthaltsdauer in Österreich
- Konsequentes Eintreten des Rechtsstaates gegen Kopftuch- und Burkazwang, Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung
- Sozialer Wohnbau vorrangig für österreichische Staatsbürger

Neue Ehrlichkeit oder „Schluss mit dem Schuldenmachen ohne Wenn und Aber“

Die Sicherstellung von Wirtschaftswachstum und Produktivität sehen wir als wesentlichen Garanten für die Zukunftsfähigkeit Österreichs. Nicht zuletzt, weil eine gute Konjunktur ein wesentlicher Beitrag zur Senkung der Staatsschulden ist. Staatsschulden sind nur im Zusammenhang mit konjunkturpolitischen Maßnahmen als gegebenenfalls notwendig zu akzeptieren. Mit der Schuldenmacherei aus Prinzip muss Schluss sein.

- Konsequente Abkehr von einer Politik der Neuverschuldung zu Lasten unserer Kinder; ausgeglichenes Budget über den Konjunkturzyklus
- Einsatz für eine Absenkung unserer Nettobeitragszahlungen an den Apparat der Europäischen Union
- Festlegen einer Höchstabgabenquote als Verfassungsbestimmung

Neuer Optimismus oder „Die Zukunft gehört uns“

Das Leben steckt voller Möglichkeiten, die sich nur durch Bildung und Ausbildung erschließen. Talente sind individuell zu fördern, Schwächen individuell zu beheben. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht darf weder Hindernis noch Privileg im staatlichen Bildungssystem sein. Neben dem Wert der Bildung an sich ist Aus- und Weiterbildung für den Wirtschafts- und Produktionsstandort entscheidend. Ganztägige Betreuungsmöglichkeit für

Kinder im schulischen Bereich gehört zu den Voraussetzungen für Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf.

- Klassenschülerhöchstzahl 25 durchgängig im Unterrichtswesen
- Beherrschen der Grundkulturtechniken als dringendstes Bildungsziel – Entrümpelung des Lehrplans
- Weiterentwicklung des Schulsystems nach dem Prinzip „Fördern individueller Talente, Fähigkeiten und Fertigkeiten“
- Tägliche Sportstunde im Pflichtschulbereich
- Übernahme von Lehrlingskosten während der Berufsschulzeit durch die öffentliche Hand
- Teilnahme am Regelunterricht nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen
- Freier Hochschulzugang
- Modernes, leistungsorientiertes Dienstrecht und Gehaltssystem für Lehrer
- Reduktion der Schulbürokratie, Abschaffung von Landes- und Bezirksschulräten, Stärkung der Schulautonomie nach dem Motto „Mehr Geld in die Klasse anstatt in die Verwaltung“

Neue Strukturen für neue Spielräume oder „Weg mit dem rot-schwarzen Bürokratie-Speck“

Doppelgleisigkeiten und Überschneidungen werden behoben. Die geschützten und ineffizienten Bereiche von Rot und Schwarz in Ländern, Gemeinden und Kammern sind zu beseitigen. Die Sozial- und Gesundheitssysteme werden zukunftsfit gemacht.

- Konsequente Umsetzung der Erneuerung unseres Staates und der Verwaltung auf Basis der Vorschläge des Rechnungshofs und des Österreich-Konvents nach den Prinzipien des Föderalismus und der Subsidiarität

- Reform des Nationalrates und des Bundesrates, Stärkung der Minderheitenrechte, Schaffung von Landesverwaltungsgerichten
- Umsetzung der Gesundheitsreform – weniger Verwaltung, mehr Leistung für den Patienten
- Budgethoheit für Universitäten und Forschungseinrichtungen
- Begrenzung der Wissenschaftspolitik auf die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung

Neuer Leistungsgedanke oder „Entlasten, was wachstumsfördernd ist“

Leistung umfassend, nachhaltig und damit adäquat zu begreifen heißt, unternehmerisches Handeln einzuschließen, sie aber nicht darauf zu reduzieren. Entlastung muss daher dort Platz greifen, wo wachstumsfördernd agiert wird. Das schließt beispielsweise die innerfamiliäre Erziehungsarbeit explizit ein. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen eine Befreiung von Bürokratie und überkommenen Hemmnissen.

- Fördern von Eigentum – keine neue Eigentumssteuer auf dem Rücken des Mittelstands
- Niedrige Steuern statt Umverteilung durch staatliche Subventionspolitik
- Abkehr von einer schleichenden Belastung der Steuerzahler durch die kalte Progression – daher jährliche Inflationsanpassung der Stufen der Durchschnittssteuersätze
- Humanisierung der Körperschaftssteuer und Streichen der Mindestkörperschaftssteuer
- Steuerfreistellung für reinvestierte Gewinne
- Erhöhung des Freibetrags für unentgeltliche Betriebsübergaben

- Verwirklichung eines neuen leistungsgerechten Dienst- und Besoldungsrechts für den öffentlichen Dienst mit flacheren Einkommenskurven
- Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen
- Vorsteuerabzug beim privaten Wohnbau bei Vorlage von Rechnungen
- Steuerliche Absetzbarkeit von Sport-, Kunst- und Kultursponsoring

Neue Gemeinsamkeit oder „Ohne Familie ist alles nichts“

Zuwanderung war gestern. Die Zukunft liegt im Kinderreichtum. Familie als Einheit von Generationen ist Heimat, Identität und Selbsterhaltung in ihrer unmittelbarsten Form. Dieser umfassende Wert und die Nachhaltigkeit für unser Gemeinwesen ist von der Gesellschaft zu würdigen. Leistungen in der Familie, die für die Gesellschaft insgesamt von Nutzen sind, müssen daher von dieser anerkannt und ausgeglichen werden – vom Gehalt bis hin zu Pensionsleistungen. Nur das ermöglicht echte Wahlfreiheit.

- Mehr Unterstützung für schwangere Frauen und Mädchen
- Schaffung von echter Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung
- Bessere pensionsrechtliche Absicherung von erziehenden Eltern
- Umsetzung des Steuersplittings für Familien
- Jährliche Inflationsanpassung der Familienleistungen
- Realisierung der gemeinsamen Obsorge auch nach einer Trennung der Eltern als gesetzlicher Regelfall
- Schaffung und Ausbau von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
- Gründung einer Stiftung zum Schutz des Lebens
- Mehr und bessere Unterstützung für Eltern von behinderten Kindern

- Erweiterung des Mutter-Kind-Passes und Streichung von Selbstbehalten für Kinder
- Harmonisierung der Pensionssysteme in der staatlichen Säule mit Beiträgen aus personenbezogenen Einkommen
- Regelpensionsantrittsalter in der staatlichen Säule bei 65 Jahren belassen

Neue Gerechtigkeit oder „Helfen, wem Hilfe gebührt“

Das Gemeinwesen hat die Verantwortung, jene zu unterstützen, die sich selbst helfen wollen, aber es nicht können. Das bedeutet nicht Vollkasko-Mentalität ohne Selbstbehalt für jene, die sich helfen könnten, aber es nicht wollen. Privilegierungen einzelner Gruppen dürfen keinen Platz haben.

- Verankerung des Grundrechts auf menschenwürdige Pflege in der Verfassung
- Ausgleich von Inflationsverlusten beim Pflegegeld und bei Behindertenfreibeträgen
- Abschaffung der Zugriffsmöglichkeit von Trägern der Sozialhilfe auf ein bescheidenes Eigenheim im Falle von Pflegebedürftigkeit
- Ausbau der Hauskrankenpflege, bessere Rahmenbedingungen für Mobile Hilfsdienste sowie eine bessere Abstimmung zwischen stationärer Pflege und den Diensten der häuslichen Pflege
- Langzeitrezepte für chronisch kranke Menschen
- Kein Angehörigenregress
- Weitere Zusammenlegung von Sozialversicherungsanstalten
- Kein Rechtsanspruch auf Transferleistungen für Drittstaatsangehörige
- Schaffung eines Straftatbestandes „Sozialmissbrauch“

Neue Unabhängigkeit oder „Wir haben Gewicht in der Welt“

Österreich muss auf EU- und internationaler Ebene handelndes Subjekt und nicht getriebenes Objekt sein. Die österreichische Neutralität ist ein perfekter Maßstab für außenpolitische Aktivitäten. Die Einbindung in überstaatliche Organisationsformen darf keinesfalls soweit führen, dass unsere Souveränität ausgehöhlt wird.

- Einsatz für eine Neuordnung der Europäischen Union im Sinne eines subsidiären Europas souveräner Vaterländer
- Gemeinsame Währung der starken und stabilen europäischen Volkswirtschaften
- Einsatz zur Festlegung der geographischen Außengrenzen der Europäischen Union
- Beharren auf einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zugunsten einer privilegierten Partnerschaft
- Verankerung der Schutzmacht-Funktion Österreichs für altösterreichische Minderheiten im Ausland und für Südtirol in der Bundesverfassung
- Verstärkte Konzentration der österreichischen Außenpolitik auf die Balkanregion und auf die Kontaktpflege mit Russland
- Aktive Pflege des guten Verhältnisses zur islamischen Welt unter klarer Grenzziehung zu einem Zuwanderungsislamismus in Europa
- Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit auf realistische Projekte vor allem in Kleinstaaten

Neue Nachhaltigkeit oder „Wir produzieren Lebensmittel und Energie selbst“

Das Nutzen aller heimischen Ressourcen schafft Energie-Unabhängigkeit und Selbstversorgungsfähigkeit im Lebensmittelbereich. Wir setzen auf kleinräumige Modelle und regionale Versorgung. Die Abhängigkeit von begrenzten fossilen Energieträgern und einer globalisierten Massennahrungsmittelproduktion ist zu minimieren.

- Mutiger Ausbau der Nutzung heimischer, erneuerbarer Energieträger
- Umsetzung einer umfassenden thermischen Sanierungsoffensive
- Aufbau einer Schnellladeinfrastruktur für Elektromobilität
- Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag und keine Unterzeichnung neuer CO₂-Abkommen
- Keine Umweltförderungen ins Ausland
- Keine Belastungen der umweltfreundlich produzierenden heimischen Wirtschaft durch den umstrittenen Zertifikatehandel
- Sicherstellung aller politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zum Schutz Österreichs vor gentechnisch manipulierten Organismen
- Umsetzung eines nationalen Aktionsplans zur Sicherstellung der Selbstversorgungsfähigkeit mit naturnahen und gesunden Lebensmitteln
- Schaffung einer klaren, ehrlichen, verbindlichen und für den Verbraucher überschaubaren Lebensmittelkennzeichnung
- Einsatz für den Ausstieg europäischer Staaten aus der Kernkraftnutzung

Neue Verantwortung oder „Wehrdienst und Sozialdienst auf der Höhe der Zeit“

Keine Rechte ohne Pflichten, sonst zerfällt das Gemeinwesen. Den Herausforderungen sicherheitspolitischer Art und der Notwendigkeit eines funktionierenden Zivil- und Katastrophenschutzes wird nur die Wehrpflicht mit Wehrrersatzdienst kostengünstig gerecht. Für Frauen gilt die Freiwilligkeit.

- Attraktivierung der allgemeinen Wehrpflicht und des Wehrrersatzdienstes – Absage an eine Söldnerarmee
- Reduzierung der Zentralstellen beim Österreichischen Bundesheer, Fokussierung auf die Brigadestruktur, Stärkung der Truppe, Erhalt wichtiger Heeresinfrastrukturen für den Katastropheneinsatz
- Ausreichende finanzielle Versorgung des Heeres
- Ausbau konkreter Anreizsysteme für die Miliz, leichtere Einberufbarkeit
- Schaffung eines eigenen Soldatenanstellungsgesetzes/Militärdienstrechtes
- Anerkennung von Ausbildungsmodulen im Wehrdienst und im Wehrrersatzdienst für die zukünftige zivile berufliche Laufbahn

Neue Sicherheit oder „Das Opfer ins Zentrum“

Milde an der falschen Stelle ist ein fatales Signal. Neben der Strafe und der Resozialisierung muss auch die Abschreckung eine wesentliche Rolle spielen. Der Wert einer Gesellschaft zeigt sich auch an der Verhältnismäßigkeit der Strafen für Vergehen gegen Leib und Leben zu Eigentumsdelikten sowie am Schutz der Kinder vor Gewalt. Der Bedrohung der Freiheit durch überbordende Kontroll- und Überwachungsmechanismen wird entgegengetreten.

- Anheben der Strafsätze für Straftatbestände gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit oder gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung
- Verbot von vorzeitiger Entlassung und bedingter Strafen bei Straftaten gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung

- Lebenslanges Monitoring für verurteilte Kinderschänder
- Strafzahlungen müssen primär den Verbrechenopfern zugutekommen
- Ausbau der Begleitung und Betreuung von Verbrechenopfern (z.B. Kostenübernahme)
- Polizei-Verwaltungsarbeit durch umgeschulte Verwaltungsbeamte
- Wechselnde, schwerpunktmäßige Wiedereinführung der mit 21. Dezember 2007 (Schengenerweiterung) aufgehobenen Grenzkontrollen
- Aufstockung der Planstellen der Exekutive, Erhöhung des Grundgehalts, Schaffung eines eigenen Exekutivdienstgesetzes (EDG)
- Einrichtung einer Sicherheitswacht nach Münchner Vorbild und einer berittenen Polizei im urbanen Raum
- Einführung der „digitalen Anzeige“

Neue Beteiligung an der Politik oder „Bürger einbinden statt ausgrenzen“

Direkte Demokratie ist als unmittelbarste Form der Bürgereinbindung auf allen Ebenen auszubauen. Direktdemokratische Ergebnisse müssen stärkeren Verbindlichkeitscharakter erhalten.

- Stärkung der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild
- Volksabstimmung über jede Änderung des Europarechtes, die unsere Bundesverfassung berührt
- Schaffung eines geschlossenen und umfassenden Grundrechts- und Bürgerrechtskatalogs sowie klare Definierung der Staatsaufgaben
- Verfassungsrecht in Form einer geschlossenen Verfassungsurkunde
- Moderate Gerichtsgebühren zur Erleichterung des Zugangs zum Recht für den Bürger